

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Die sino-sowjetischen Beziehungen: Ideologischer Burgfriede und Warenkredite

Noch Anfang März hatte der Stellvertretende Generalsekretär der KPdSU, V.A.Ivashko, die VR China besucht (dazu C.a., Februar 1991, Ü 3). Bereits Ende desselben Monats kam der sowjetische Außenminister Aleksandr Bessmertnych ebenfalls zu einem Arbeitsbesuch nach Beijing und erörterte in einer "offenen und vertrauensvollen Atmosphäre" eine Fülle von Themen, die vom asiatisch-pazifischen Raum bis zum Persischen Golf reichten. Kein Problem, das nicht angesprochen worden sei. Im Mittelpunkt allerdings standen die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern, wobei vor allem an den Abschlußdokumenten für den im Mai 1991 anstehenden Besuch des KPCh-Chefs Jiang Zemin in der Sowjetunion gearbeitet wurde.

Besonderes Gewicht wurde bei den Gesprächen auf die Abrüstung im asiatisch-pazifischen Raum gelegt. Hier sollte nach dem KSZE-Muster vorgegangen werden, das in Europa so hervorragende Ergebnisse zeitigt habe.

Im großen und ganzen hat sich das sino-sowjetische Verhältnis inzwischen normalisiert. Kennzeichnend für diese Entwicklung war nicht nur der Besuch Gorbatschows im Mai 1989 in Beijing, sondern auch der Gegenbesuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng 1990 in Moskau. Die Visite Jiang Zemins setzte diesen Austausch auf höchster Ebene fort. Selbst die Verhandlungen über Probleme entlang der gemeinsamen 7.300 km langen Grenze machen langsame Fortschritte (so Jiang Zemin in einer Pressekonferenz in Beijing, XNA, 31.3.91).

Am 15. März wurde in Beijing zwischen den beiden Stellvertretenden Ministerpräsidenten Tian Jiyun und Juri Masljudow ein Abkommen unterzeichnet, in dem China der UdSSR einen Warenkredit gewährt. Nachdem die UdSSR in den 50er Jahren Hauptkreditgeber der VRCh gewesen war, hat sich die Rolle jetzt also umgekehrt - ein Anlaß für stolze Gefühle auf Seiten der Chinesen.

Bereits im Frühjahr 1990 hatte die chinesische Regierung einen Warenkredit für Moskau in Höhe von rd. 330 Mio. US-Dollar bereitgestellt. Das neue Abkommen liegt mehr als doppelt so hoch, nämlich bei 730 Mio. US-Dollar. Dafür kann die Sowjetunion im Laufe des Jahres 1991 größere Mengen von Nahrungsmitteln und Konsumgütern aus der VR China beziehen, die nicht, wie im Handel zwischen beiden Ländern bisher üblich, auf dem Verrechnungsweg (oder bar) bezahlt, sondern durch Gegenlieferungen sowjetischer Waren in *späteren* Jahren abgegolten werden sollen. Der Warenkredit wird zu Vorzugsbedingungen gewährt. U.a. soll die Tilgung erst 1992 einsetzen und sich über vier Jahre erstrecken. Auf der Abkommensliste stehen Weizen, Fleisch, Lebensmittelkonserven, Erdnüsse, Tee, Rohseide, Tabak und Zigaretten sowie leichtindustrielle Güter des alltäglichen Bedarfs.

Im Gegenzug soll die Sowjetunion Maschinen, Ausrüstungen und bestimmte Rohstoffe liefern. Besonders interessiert ist die chinesische Seite an der Lieferung sowjetischer Kraftwerksanlagen.

Da sowohl China als auch die Sowjetunion Schwierigkeiten haben, Devisen aufzubringen und damit im Westen einzukaufen, erweist sich diese neue Variante des Geschäfts als pragmatischer Kompromiß.

Möglicherweise kommt es demnächst auch zur Lieferung eines sowjetischen Kernkraftwerks an die VRCh.

Ob China in der Sowjetunion auch Waffen einkaufen will, ist eine Frage, die offiziell nicht beantwortet wurde. Doch gibt es Gerüchte, daß China zwei Dutzend SU-27-Abfangjäger zu einem "Freundschaftspreis" von 35 Mio. US-Dollar pro Stück erhielt (vgl. dazu beispielsweise IHT, 18.3.91); auf der anderen Seite versicherte Außenminister Qian Qichen bei einer Pressekonferenz am 27.3.1991, daß China keine Waffen aus der Sowjetunion als Gegenleistung für die chinesische Hilfe erwarte (CCT in SWB, 29.3.91). Ein Besuch von Verteidigungsminister Jasow, der allerdings bis März zweimal verschoben worden war - und zwar aus "innenpolitischen Gründen", wie es hieß -, deutet darauf hin, daß möglicherweise doch Gespräche über Waffenlieferungen anstehen.

Der gesamte Wirtschaftsaustausch zwischen beiden Seiten steht inzwischen auf einem neuen Fundament: Im Juli 1990 wurden Abkommen über Investitionsschutz und Verhinderung von Doppelbesteuerung geschlossen. Ferner wurde vereinbart, daß ab 1991 die Zahlungsform des bilateralen Handels zwischen China, der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern geändert werden solle. Als Verrechnungseinheit sollen konvertible Währungen benutzt werden, und zwar zweckmäßigerweise der Schweizer Franken.

Die Wirtschafts- und Handelsgespräche zwischen China, der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern i.J. 1991 dienten, zum ersten Mal seit 40 Jahren, einer Erneuerung des Miteinanders in der Außenwirtschaft. U.a. wurden auch neue Schwerpunkte bei der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit vereinbart (Näheres dazu BRu 1990, Nr.37, S.26-29).

Es sollen beispielsweise gemeinsame Produktionslinien durchgeführt und u.a. ein gemeinsamer Sojabohnenanbau entwickelt werden. Auch werden immer mehr Joint Ventures abgeschlossen (bereits im Dezember 1989 waren es 14) (XNA, 23.12.89) sowie Verträge über Entsendung von Arbeitskräften.

Was das Warenangebot anbelangt, so ist China der Sowjetunion inzwischen um Äonen voraus. Dies zeigt sich nicht zuletzt auch an den Berührungspunkten zwischen beiden Ländern in der

chinesischen Nordostregion, vor allem in der Stadt Harbin. Harbin, das in seiner Architektur noch die Spuren längerer russischer Präsenz trägt, ist erneut im Begriff, zum Zentrum der sowjetisch-chinesischen Kontakte zu werden. Im Tauschhandel erwirbt die Sowjetunion Konsumgüter und Lebensmittel und bietet dafür Rohstoffe und Maschinen an. Sowjetische Delegationen besuchen regelmäßig die Stadt. Im Juni 1990 fand hier die erste chinesisch-sowjetische Messe statt. Auch für sowjetische Touristen ist Harbin ein Einkaufsparadies. Kein Wunder, daß auch der sino-sowjetische Grenzhandel sich im Bereich vor allem der Provinz Heilongjiang rasch entwickelt hat.

Das politische Verhältnis zwischen den beiden kontinentalen Riesen soll sich künftig nach den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz bestimmen. Verhandelt wird z.Zt. über die Reduzierung der militärischen Präsenz an der gemeinsamen Grenze, über Projekte des internationalen Transitverkehrs usw. Da und dort tauchen auch Hinweise auf weiterbestehende Konflikte auf. So zeigte sich China beispielsweise über den Taiwan-Besuch des Moskauer Bürgermeisters Popow im Oktober 1990 in Taibei verstimmt. Ein Dauerärgernis für China war ferner die Perestroika-Politik Gorbatschows, die u.a. auch für den Zusammenbruch der prosowjetischen Regime in Osteuropa verantwortlich gemacht wurde. Nachdem Gorbatschow sich in der Zwischenzeit auf die Seite der sowjetischen Konservativen geschlagen hat, dürften die Voraussetzungen für eine Wiederannäherung zwischen ihm und der KPCh-Spitze allerdings wieder besser geworden sein.

Als Bedingungen für eine wirkliche Normalisierung mit der UdSSR hat Yu Gang, Mitglied des Instituts für internationale strategische Fragen in Beijing, bereits 1989 vier Punkte aufgezeigt, deren Entwicklung schon jetzt einen positiven Verlauf zeige (BRu 1989, Nr.19, S.10-13), nämlich (1) die zunehmende Entspannung in der Weltpolitik. "Gegenwärtig" zeige sich ein Trend, Konfrontation durch Dialog zu ersetzen und internationale Streitigkeiten auf friedliche Weise zu bereinigen. Die Sowjetunion sei auf dem besten Wege, die drei grundlegenden Bedingungen Chinas für eine Normalisierung (Rückzug der Truppen aus Afghanistan - geschehen am 25.2.1989 -

Rücknahme des Engagements in Indochina und Ausdünnung der militärischen Präsenz entlang der Grenzen zu China) zu erfüllen; ferner sei es (2) zur Einigung über eine neue politische Weltordnung gekommen. Die Sowjetunion stimme mit China darin überein, daß die beiderseitigen Beziehungen den "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" folgen müßten. Hierbei lege China den Akzent auf Nichteinmischung und Unabhängigkeit. Darüber hinaus sei es (3) zu einer immer dichteren wirtschaftlichen Zusammenarbeit gekommen, und nicht zuletzt befänden sich (4) beide Länder mitten im Reformprozeß.

So komme es zu einer schnellen Annäherung, die allerdings nicht zurück zu den dichten Beziehungen von 1950 führte. Dazu hätten sich die Voraussetzungen allzusehr geändert! -we-

*(2)

Die sino-koreanischen Beziehungen

Am 30. Januar 1991 wurde in Beijing eine Ständige Handelsmission Südkoreas eröffnet. Kein Wunder, daß sich an dieses Ereignis zahlreiche Spekulationen knüpften, die darauf hinausliefen, daß es nun möglicherweise auch zu diplomatischen Beziehungen zwischen Beijing und Seoul kommen könne. Botschafter No Chae-won, der Leiter der neuen Mission, ging auf solche Überlegungen jedoch nicht ein, sondern erklärte während der Eröffnungsfeier vor 60 Koreanern und Chinesen, er hoffe, daß die Handelsmission dazu beitragen könne, ein neues Kapitel im bilateralen Handel und in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu eröffnen. An der Feier nahmen rd. ein Dutzend Vertreter der Chinesischen Internationalen Handelskammer teil, darunter deren Stellvertretender Vorsitzender Xu Dayou, der designierte Leiter der chinesischen Handelsvertretung in Seoul. Auf koreanischer Seite waren zehn Angehörige der Handelsmissionen und eine Anzahl koreanischer Geschäftsleute zugegen.

Gegenüber Journalisten erklärte No, die wichtigste Aufgabe der Mission liege darin, China zur Abschaffung aller Diskriminierungen gegenüber koreanischen Exporteuren zu bewegen. Weitere Aufgaben seien die Unterstützung koreanischer Handelsgesellschaften bei der Registrierung in China sowie die Aktivierung der Luft- und sonsti-

gen Verkehrswege zwischen beiden Ländern. Auch wolle sich Südkorea um den Abschluß eines Investitionsschutzabkommens bemühen (Yonhap in MD Asien, 31.1.91, S.1).

Inseheim glaubt Seoul davon ausgehen zu können, daß ihm in den diplomatischen Beziehungen gegenüber China ein ähnlicher Durchbruch gelingen könne wie inzwischen gegenüber der Sowjetunion. Auch Moskau hat sich ja durch seine offiziellen Beziehungen zu Pyongyang nicht daran hindern lassen, nun auch mit Seoul diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Auch die VR China stellte gegen Ende des Jahres 1990 "spektakuläre Änderungen" auf der koreanischen Halbinsel fest (XNA nach SWB, 29.12.90). Nord- und Südkorea befänden sich zwischenzeitlich in einem "ernsthaften Dialog" und hätten sich dabei von dem allgemeinen Entspannungstrend der Weltpolitik leiten lassen. Rote-Kreuz-Delegationen beider Seiten, Sportvereinigungen und die Nationalversammlungen von Nord und Süd seien in Gespräche eingetreten. Auch hätten zum ersten Mal die Ministerpräsidenten beider Staaten miteinander konferiert, und zwar seit Anfang September 1990 gleich dreimal. Zwischen Oktober 1988 und November 1990 sei es außerdem zu einem beiderseitigen Handelsaustausch in Höhe von 40 Mio. US-Dollar gekommen - ein bescheidener, zugleich aber auch vielversprechender Beginn. Beide Seiten hätten auch gemeinsame Fußballspiele in Pyongyang und Seoul für das Jahr 1991 geplant. Außerdem soll es zu gemeinsamen Theater- und Musikveranstaltungen kommen.

Dieser Trend kommt den chinesischen Vorstellungen entgegen. Beijing hat ja seit langem erkannt, daß die Beziehungen mit Südkorea zumindest unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten weit aus interessanter wären als diejenigen mit dem Norden. Sollte es möglich sein, zu beiden Seiten symmetrische Beziehungen herzustellen, so wäre dies geradezu ein Geschenk für die chinesische Außenpolitik.

Am 29. März 1991 betonte Ministerpräsident Li Peng, daß die Kontakte zwischen China und Südkorea auf den Handel und auf Wirtschaftsaustausch, also auf die Ebene von "Volk-Volk- und nicht von Regierungsbeziehungen" beschränkt blieben. Es gebe keine poli-

tischen oder diplomatischen Annäherungen. Die Nichtregierungsbeziehungen allerdings würden in Zukunft noch weiter ausgedehnt (XNA, 30.3.91).

Einstweilen hält sich Beijing beim diplomatischen Ritual noch stark an Nordkorea. Mitte März 1990 beispielsweise reiste eine KPCh-Delegation unter Leitung von Generalsekretär Jiang Zemin nach Nordkorea, wo Kim Il-song einen demonstrativ freundlichen Empfang gab. Im November 1990 kam der nordkoreanische Ministerpräsident Yon Hyong Muk nach Beijing und wurde dort ebenfalls mit allen Ehren und von allen maßgebenden Politikern willkommen geheißen (XNA, 24. und 25.11.90).

Die chinesische Propaganda ist auch wenig zurückhaltend, wenn es die Errungenschaften und Triumphe des sozialistischen Aufbaus in Nordkorea zu preisen gilt. Auch stellt sich China regelmäßig hinter die nordkoreanischen Wiedervereinigungsvorschläge.

Trotzdem gab Beijing an Seoul ein wichtiges Signal, als Deng Xiaopings zweitältester Sohn, Deng Zhifang, am 19. Juni 1990 auf Einladung des südkoreanischen Samsung-Konzerns nach Südkorea reiste und dort geschäftliche Gespräche mit der Firma führte (Yonhap nach SWB, 21.6.90). Ferner hatte die VR China i.J. 1988 an den Olympischen Sommerspielen in Seoul teilgenommen - ebenfalls ein Verhalten, das der nordkoreanischen Führung unmöglich hat gefallen können. -we-

*(3)

Chinas wachsendes Mißtrauen gegenüber Japan: "Großmachtambitionen" und Remilitarisierung

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Tokyo und Beijing i.J. 1972 war Japan rasch zum unumstrittenen Wirtschaftspartner Nr.1 der VR China geworden, und auch politisch schien sich das Verhältnis bestens zu entwickeln, vor allem nachdem der ehemalige KPCh-Generalsekretär Hu Yaobang Japan besucht und dort wichtige Prinzipien unterzeichnet hatte, die das beiderseitige Verhältnis bis hinein ins 21. Jhd. bestimmen sollten. Die Tiananmen-Ereignisse vom Mai/Juni 1989 brachten jedoch einen tiefen Einschnitt. Japan suspendierte damals seine gesamte Chinahilfe und beeinflusste ganz in diesem Sinne auch

die ADB (Asiatische Entwicklungsbank). Vor allem sah sich die Tokyoter Regierung damals veranlaßt, ihre Firmen vor China zu warnen. Langfristige Störungen im Chinahandel wurden angekündigt (z.B. IHT, 18.6.89).

Die Geschäftswelt ließ sich jedoch von solchen Ermahnungen und Hinweisen nicht beeinträchtigen. Schon im September 1989 hatten mehr als zwei Drittel der 333 japanischen Firmen mit Vertretungen in Beijing ihre Geschäfte wieder aufgenommen. Nur auf Regierungs- und Verbandsebene konnte Japan noch Zurückhaltung üben. U.a. verschob beispielsweise der Wirtschaftsdachverband Keidanren seine damals terminlich gerade anstehenden Verhandlungen, wobei auf das weiterhin geltende Kriegsrecht verwiesen wurde. Im Herbst 1989 auch hatte die japanische Wirtschaft bereits wieder "Normalität" im Chinahandel erreicht - nicht nur was die Umsätze, sondern auch was die Zahl und die Qualität der Kontakte mit den chinesischen Partnern anbelangte.

Die Japaner waren auch die ersten, die den Chinesen wieder umfangreiche Kredite gewährten, und zwar mit Beginn d.J. 1990.

Die chinesische Seite zeigte sich für dieses Entgegenkommen jedoch keineswegs "dankbar" - ganz im Gegenteil erfolgten vielmehr zunehmend heftige Angriffe gegen Japans neuen Militarismus und seine "Großmachtambitionen". Die Remilitarisierungsvorwürfe wurden besonders nachhaltig bei der Ankündigung Tokyos, es wolle sich in der einen oder anderen Form auch stärker am Golfkonflikt beteiligen.

Japan sei dabei, hieß es in Beijing, sich von einer wirtschaftlichen zu einer politischen Großmacht zu transformieren. Eines der Hauptmerkmale der japanischen Diplomatie bestehe in seiner aktiven Teilnahme an regionalen und globalen Angelegenheiten unter Einsetzung seiner Wirtschaftskraft.

Seit Februar 1990 beispielsweise hat Ministerpräsident Kaifu die USA und weitere 17 Länder in Europa, Asien und Nahost besucht und dabei eine Diplomatie entfaltet, die sich auf folgende Kernpunkte zusammenfassen lasse: (1) Japan wolle als politische Großmacht positiven Einfluß auf die Herstellung einer neuen Weltordnung ausüben. (2) Die Verantwortung bei

der Schaffung der neuen Weltordnung solle von Japan, der EG und den USA gemeinsam getragen werden. Vom weltweiten Bruttosozialprodukt in Höhe von 20 Billionen US-Dollar (1988) würden jeweils 5 Billionen von den USA und der EG und immerhin weitere 3 Billionen von Japan beigetragen - aus diesem Grund auch seien diese drei Kräfte besonders bedeutsam. (3) Japan wolle sich künftig auch bei seiner Entwicklungshilfe hervortun, und zwar nicht nur in Form von Kapital, sondern auch von Gütern und Materialien, Know-how und Personal. (4) Japan wolle in Asien und im Pazifik maßgebenden Einfluß ausüben.

Auf Kaifus Vorschlag hin trafen sich im Juni 1990 in Tokyo die vier Konfliktparteien Kambodschas. Dies sei der erste Versuch Japans seit dem Zweiten Weltkrieg gewesen, direkt in eine regionale Angelegenheit einzugreifen. Auf dem Gipfeltreffen der großen Industrienationen in Houston im Juli 1990 habe Kaifu angekündigt, daß Japan als erstes Land wieder Kredite an China vergeben wolle. Auf den Vorschlag Japans hin fand ferner das erste Treffen der Außenminister der asiatisch-pazifischen Region im September 1990 in New York statt. Dort habe sich Japan besonders nachhaltig um den Aufbau eines westpazifischen Wirtschaftsringes eingesetzt.

Deutlich zugenommen habe auch Japans militärische Stärke, auch wenn es sich bei seinen Großmachtambitionen eher auf seine wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technologischen Kräfte stütze. 1976 habe das Verteidigungsbudget Japans zum ersten Mal die bis dahin geltende Tabularke von 1% des BSP durchbrochen. In den letzten 9 Jahren habe die jährliche Wachstumsrate der japanischen Verteidigungsausgaben bei 6% gelegen! 1990 habe Japan für die Verteidigung rd. 30 Mrd. US-Dollar ausgegeben. Damit habe es sich hinter den USA und der Sowjetunion an die dritte Stelle gesetzt. Obwohl die japanische Regierung seit der weltweiten Entspannung i.J. 1989 erklärt habe, sie wolle die Verteidigungsausgaben wieder zurückfahren, habe das Verhalten Japans im Zusammenhang mit der Golfkrise seit August 1990 eine andere Tonart erkennen lassen. Im September 1990 beispielsweise habe die LDP, also Japans regierende Partei, in aller Eile eine Gesetzesvorlage eingebracht, um Japan die Entsendung von Truppen in

die Golfregion zu ermöglichen. Dies habe im Gegensatz zur japanischen Verfassung gestanden, die vorschreibe, daß Japan keine eigenen Streitkräfte besitzen und keine Soldaten ins Ausland schicken dürfe. Kein Wunder, daß es nicht nur im In-, sondern auch im Ausland heftige Reaktionen gegeben habe. Angesichts des allgemeinen Widerstands sei die Gesetzesvorlage bereits am 8. November wieder zurückgezogen worden (BRu 1991, Nr. 4, S. 10 f.; RMRB, 7.1.91).

Auch die alten Vorwürfe über die Greuelthaten japanischer Soldaten in China während des Zweiten Weltkriegs wurden erneut erhoben. Mitte Dezember druckten einige japanische Zeitungen Dokumente ab, die Augenzeugenberichte deutscher Diplomaten über die Greuelthaten japanischer Militärs gegen die Zivilbevölkerung von Nanjing i.J. 1937 wiedergaben. In den Dokumenten war von 300.000 getöteten Zivilisten und Soldaten die Rede und von Grausamkeiten unvorstellbarer Art (XNA, 19.12.90). Die Dokumente umfaßten 190 zumeist mit Schreibmaschine geschriebene Seiten und deckten den Zeitraum von Dezember 1937 bis Dezember 1938 ab.

Ein drittes bilaterales Ärgernis war der Streit zwischen der im Dreieck zwischen Okinawa, Taibei und Hangzhou liegenden Insel, die von Japan Senkaku und von den Chinesen Diaoyutai genannt wird.

Tröstlich für Japan immerhin, daß China nach wie vor hinter dem Anspruch Tokyos auf Rückgabe der vier Nordkurileninseln gegen die UdSSR steht. Dies wurde erneut deutlich beim Besuch Gorbatschows in Tokyo Mitte April 1991. -we-

*(4)

Beijing und die Inselstaaten im Südpazifik

Beijing kümmert sich seit einiger Zeit auffallend um die Inseln im Südpazifik. U.a. wurde beispielsweise am 17. März der Präsident von Belau (XNA, 17.3.91), ferner der Präsident der Republik Fiji (ebenfalls Mitte März) (XNA, 13., 19. und 20.3.91) und der Präsident der Marshall-Inseln (Mitte März) (XNA, 15., 16. und 22.3.91) von chinesischen Spitzenpolitikern empfangen.

Das Interesse Beijings für diese Kleinstaaten hat mehrere Gründe: Da ist erstens einmal die zunehmende Konkurrenz Taiwans, das im Begriffe ist, sich mit seinen reichlich bemessenen finanziellen Zuwendungen in die Diplomatie gerade pazifischer Kleinstaaten "einzukaufen". Es hatte damit bereits bei drei Staaten Erfolg, nämlich bei den Solomon-Inseln, bei Tuvalu und bei Nauru - nicht zu vergessen auch bei Tonga, das seine Beziehungen zu Tai bei nie abgebrochen hatte.

Wirtschaftlich sind die Inseln z.T. vom Tourismus, größtenteils aber vom Export ihrer wenigen Rohmaterialien, wie Kokosnüsse, Kakao, Kaffee, tropische Früchte und Mineralprodukte, abhängig. Da alle anderen Gebrauchsgüter, darunter sogar Getreide, Gemüse und viele Lebensmittel, importiert werden müssen, befinden sich die Inseln stets in einer heiklen Situation, die von auswärtigen Mächten leicht ausgenutzt werden kann, sei es nun von den Großmächten oder aber - aus der Sicht Beijings besonders verwerflich - von Taiwan.

Zum andern spielen die Inseln bei der Auseinandersetzung Chinas mit den USA eine gewisse Rolle: Nach chinesischen Vorstellungen haben die USA seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs das Treuhandsystem der UNO dazu genutzt, um ihren Einfluß im südpazifischen Raum immer weiter auszudehnen. Washington besitzt hier Flotten- und Luftstützpunkte sowie Atomtestgebiete und hat die Region zu einer "Zone von militärischer Bedeutung" gemacht. Es gibt eine strategische US-Luftwaffenbasis auf Guam, eine Interkontinentalraketenbasis auf den Marshall-Inseln und eine wichtige Luftwaffen- und U-Boot-Basis auf den Midway-Inseln. Außerdem bestehen Verteidigungsbündnisse mit Australien und Neuseeland. Ferner hätten die USA immer wieder versucht, Konkurrenzländern den Zugang zum Pazifik zu verwehren, lange Zeit vor allem der UdSSR, die sich aber gerade wegen dieser Absicht besonders stark um einzelne Inseln bemüht habe, und der es denn auch gelungen sei, mit Kiribati und Vanuatu Fischfangabkommen abzuschließen. Bereits im August 1986 nahm Moskau offiziell diplomatische Beziehungen mit Vanuatu auf und erhielt das Recht, dort einen Handelshafen zu benutzen und Einrichtungen für die Küstenfischerei zu installieren. Im

April 1987 hätten die USA daraufhin ebenfalls Fischfangabkommen mit verschiedenen südpazifischen Ländern geschlossen, um so dem "Fischfang"-Einfluß der sowjetischen Seite zu begegnen.

Auch Japan bemühte sich in letzter Zeit stärker um die südpazifischen Länder. Immerhin ist der Südpazifik ein wichtiger Durchgangsbereich für Japans Aus- und Einfuhren - eine Art "Lebensnerv" der japanischen Wirtschaft. Japan begann deshalb bereits seit 1986 einigen südpazifischen Ländern Wirtschaftshilfe zu leisten. Auch Frankreich, das immer noch Kolonialbesitz im Südpazifik hat, verteidigt dort mit Nachdruck seine Position.

In einigen der neun unabhängigen Länder des Südpazifik (Westsamoa, Nauru, Tonga, Fiji, Papua-Neuguinea, Solomon-Inseln, Tuvalu, Kiribati und Vanuatu) habe die Rivalität unter den Großmächten bereits erhebliche Unruhe verursacht. U.a. sei es auf den Solomon-Inseln, auf Vanuatu und auf Fiji zu innenpolitischen Auseinandersetzungen um außenpolitische Bindungen gekommen.

China empfiehlt den Südpazifikstaaten, sich vom Einfluß der Großmächte freizuschwimmen und verstärkt regional zusammenzuarbeiten. Vor allem das Südpazifik-Forum ist ein von Beijing immer wieder beklatschtes Beispiel für eine solche Zusammenarbeit.

Das "Südpazifik-Forum" ist ein loser Zusammenschluß verschiedener Regionalstaaten und wurde 1971 auf den Vorschlag von Neuseeland hin gegründet. Im April 1973 richtete das SPF eine Ständige Organisation, nämlich das "Büro für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Südpazifik" in Suva auf der Insel Fiji ein. Mitglieder sind Australien, Neuseeland, die Cook-Inseln, Fiji, Kiribati, Nauru, Niue, Papua-Neuguinea, die Solomon-Inseln, Tonga, Tuvalu, Vanuatu, Westsamoa und der Staatenbund Mikronesien.

Die Bewegung für nationale Unabhängigkeit auf den südpazifischen Inseln begann Anfang der 60er Jahre. Westsamoa, einst in deutschem Kolonialbesitz, hatte 1962 als erstes Inselland seine Unabhängigkeit erklärt. Danach folgte Nauru i.J. 1968. In den 70er Jahren ging diese Bewegung schnell weiter. 7 Inselgruppen - Tonga, Fiji, Pa-

pua-Neuguinea, die Solomon-Inseln, Tuvalu, Kiribati und Vanuatu - erklären in diesem Jahrzehnt ihre Unabhängigkeit. In der Zwischenzeit geht es um die Selbständigkeit zweier weiterer Territorien, nämlich Mikronesiens (einst ebenfalls deutscher Kolonialbesitz, der später von den USA übernommen wurde) und des französischen Neukaledonien.

An dem Forum, das jedes Jahr einmal zusammentritt, beteiligen sich im allgemeinen die Regierungschefs. Bisher wurden von dem SPF bereits einige grundlegende Entscheidungen getroffen, denen die VRCh demonstrativ zustimmen pflegt: 1979 beispielsweise die Einrichtung von 200-sm-Wirtschaftszonen, 1983 die Gründung einer südpazifischen Schutzpatrouille für die 200-sm-Zone, 1985 die Konstituierung des Südpazifiks als einer atomwaffenfreien Zone (ein Protest gegen die amerikanische atomare Präsenz und gegen französische Atomtests in der Region). Ferner hat das Forum dem UNO-Ausschuß für Entkolonialisierung einen Antrag vorgelegt, in dem die Unabhängigkeit Neukaledoniens von Frankreich vorgeschlagen wird.

Im Juli 1990 hat China zum ersten Mal am Südpazifischen Forum teilgenommen (XNA nach SWB, 30.7.90).

Der Vertrag über eine kernwaffenfreie Zone im Südpazifik war von den Mitgliedern des SPF im August geschlossen worden und am 11. Dezember 1986 in Kraft getreten. Der Vertrag schreibt vor, daß die Unterzeichnerstaaten auf dem Atomwaffenbereich weder Forschung betreiben noch solche Waffen herstellen noch sie besitzen oder annehmen dürften. Außerdem sollen keine radioaktiven Materialien auf ihren Territorien gelagert werden. China unterzeichnete die dem Vertrag beigefügten Protokolle Nr.2 und Nr.3 am 10. Februar 1987. Diese Protokolle besagen, daß China, Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion und die USA, also die Atomwaffenbesitzer dieser Welt, weder Nuklearwaffen einsetzen noch mit ihnen drohen dürften; außerdem sollte es ihnen nicht erlaubt sein, Atomversuche in der südpazifischen Region durchzuführen (XNA, 29.8.88).

Bereits im März 1985 hatte der damalige KPCh-Generalsekretär Hu Yaobang einige südpazifische Länder be-

sucht und in Suva auf Fiji dem chinesischen Wunsch Ausdruck verliehen, daß die Supermächte aufhören sollten, sich in die Angelegenheiten der Region einzumischen. Hu gab damals drei Prinzipien bekannt, die China gegenüber dem Südpazifik wahren wolle, nämlich (1) die Respektierung der Innen- und Außenpolitik dieser Länder, (2) die Anerkennung der engen Beziehungen zwischen den Ländern der Region und (3) die Respektierung der Verträge, die diese Länder mit den Großmächten abgeschlossen haben (XNA, 23.4.85). -we-

* (5) Neuer Fünf-Punkte-Friedensplan Beijings für den Nahen Osten

Am 14. März 1991 gab die chinesische Regierung einen neuen Fünf-Punkte-Friedensplan bekannt, der nach Beendigung des Golfkriegs nötig geworden sei: (1) Das Nahostproblem solle auf dem Verhandlungsweg gelöst werden, d.h., sämtliche Beteiligten hätten auf Gewaltanwendung zu verzichten. (2) China unterstütze die Einberufung einer Nahost-Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der UNO, an der die Fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats (also auch China selbst!) und alle Betroffenen teilnehmen sollten. (3) China unterstütze jegliche Bemühung, Gespräche in allen nur möglichen Formen, nicht zuletzt auch durch direkten Dialog zwischen der PLO und Israel, zu führen. (4) Israel müsse die Unterdrückung der Palästinenser in den besetzten Gebieten beenden und sich aus den besetzten arabischen Gebieten zurückziehen. Im Gegenzug dafür müsse die Sicherheit Israels gewährleistet werden. (5) Der Staat Palästina und Israel sollten einander anerkennen und darauf hinwirken, daß beide nebeneinander in friedlicher Koexistenz leben.

Wie ein Sprecher des Außenministeriums hinzufügte, bildet die Palästinenserfrage den Kern des ganzen Nahostproblems. Daran habe sich wenig geändert. Hinsichtlich der Rüstungsverkäufe im Nahen Osten forderte der Sprecher zu einer "besonnenen und verantwortungsvollen Haltung" auf - also zu einer Haltung, wie sie China selbst bisher offensichtlich nicht an den Tag gelegt hat, als es z.B. während des iranisch-irakischen Kriegs beide Seiten systematisch mit Waffen unterstützte.

Zur Kurdenfrage wieder einmal kein Wort - obwohl dieses Problem zur Zeit der Bekanntgabe des Plans fast mehr auf den Fingern brannte als die Palästinenserfrage. Besonders peinlich für Beijing war offensichtlich die Frage einer Sicherheitszone für die Türken innerhalb des Irak: Wenn der Sicherheitsrat die Bagdader Regierung formell wegen der militärischen Unterdrückung der Rebellen verurteilte oder wenn er den Kurden eine Sicherheitszone zugestände, so könnte dies ein Präzedenzfall sein, der sich eines Tages auch gegen China richten könnte, das mit gewissen Minderheiten, vor allem solchen in Xinjiang und in Tibet, ja ebenfalls seine liebe Not hat. -we-

* (6) Beijing bewirbt sich um die Ausrichtung der Olympiade 2000

Nachdem sich Beijing bei der XI. Asiadefest i.J. 1990 sowohl organisatorisch als auch sportlich von der besten Seite gezeigt hat, ist es fest entschlossen, nun auch Olympische Spiele auszurichten. Zu diesem Zweck hat das Nationale Chinesische Olympische Komitee am 8. März 1991 bekanntgegeben, daß es sich um die Ausrichtung der Olympiade 2000 bewerbe. Als Konkurrenten stehen bereits jetzt Berlin, Sydney, London und Brasilia fest; mit weiteren Bewerbungen ist zu rechnen. Das IOC will seine Entscheidung auf seiner 101. Sitzung im September 1993 in Monte Carlo treffen.

Bereits 1990 hatte Staatspräsident Yang Shangkun den IOC-Präsidenten Juan Antonio Samaranch anlässlich der Asiadefest in Beijing empfangen und versucht, den Brasilianer im Vorgriff für die Interessen Chinas zu gewinnen. Die Reaktion des IOC-Präsidenten war vorsichtig: eine Olympiade erfordere weitaus umfangreichere Vorbereitungen als eine Asiadefest und verlange auch mehr organisatorischen Aufwand und bessere Sportanlagen. Doch habe China einen Wettbewerbsvorteil, nämlich die "Unterstützung durch mehr als eine Milliarde Bürger".

Beijing ist mit einiger Zuversicht ins Rennen gegangen und hat auch die Ausgabe von mehreren Millionen US-Dollar nicht gescheut, die im Zusammenhang mit einem Antrag beim IOC aufzubringen sind. -we-